

Liebe BesucherInnen des ersten Ökumenischen Kirchentags,

es ist eine gute Tradition der Kirchentage, auf den „Märkten der Möglichkeiten“ gesellschaftliche Initiativen mit ihren vielfältigen Anliegen vorzustellen. Man erlebt hautnah, wie viele Menschen sich in unserem Land engagieren. Man spürt aber auch, dass auf dem Weg zu einer wirklich humanen Gesellschaft noch viel zu tun bleibt.

In unserer Initiative arbeiten junge Deutsche mit Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung in aller Welt zusammen. Unser Ziel: Gerechtigkeit für die Überlebenden, Sicherung ihrer Menschenwürde in den letzten Jahren ihres Lebens. Dazu gehört auch eine materielle Kompensation ihrer Leiden. Deutschland bleibt auch in seiner aktuellen ökonomischen Krise verantwortlich für einen gesicherten letzten Lebensabschnitt derjenigen, die es so brutal misshandelt hat.

Auf unserem Stand im Themenbereich „Lebendige Geschichte“, (Halle 3 obere Ebene, Stand B42) und in dieser Sonderausgabe von „überleben...“ ziehen wir eine Zwischenbilanz des Projektes Zwangsarbeiterentschädigung. Eine zwiespältige Bilanz: Zwar haben über eine Million Überlebende eine erste Rate der erstrittenen 10 Milliarden DM erhalten. Es wird jedoch wahrscheinlich zwei weitere Jahre dauern, bis die Auszahlungen abgeschlossen werden können. Zehntausende, die dringend auf ihre



Lothar Evers

Fortsetzung Seite 2



Galina Stutschinskaja, geb. 1924, Häftling des KZ Auschwitz von 1943 bis 1945, fotografiert von Manfred Linke für das Photoprojekt „Späte Gerechtigkeit...“ siehe S. 3

Entschädigung für NS-Zwangsarbeit:

Erfolgsbilanz mit Eintrübungen

In regelmäßigen Abständen präsentiert die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ beeindruckende Erfolgszahlen. Über 2,1 Milliarden Euro hat sie an über 1,2 Millionen ehemalige NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgezahlt. Ein Erfolg, gewiss, den man nicht klein reden soll. An einigen Stellen jedoch knirscht es im Stiftungsgebälk. Ein Bericht von Lothar Evers, der für unseren Bundesverband im Kuratorium der Stiftung die Interessen der Überlebenden vertritt.

Seit den 90ern sind wir Jahr um Jahr in die Aktionärsversammlungen der deutschen Großunternehmen gezogen, haben an deren mörderische Vergangenheit erinnert. In der ersten Reihe immer dabei: Hans Frankenthal, Auschwitzüberlebender und langjähriger Vorsitzender unseres Bundesverbandes. In aufrüttelnden Wortbeiträgen hat er Entschädigung für die Opfer eingeklagt. Wir waren ein kleines, versprengtes Häuflein auf der Suche nach Gerechtigkeit. Die Reaktionen der Vorstände waren mitleidig bis brutal: Man lachte uns aus, drehte uns die Mikrofone ab und nicht wenige machten auch mit den Saalschützern in ihren wattierten Bomberjacken Bekanntschaft. Hans Frankenthal hat dann immer

„Mörder, Mörder!“ geschrien! In seinem Kopf waren sie schlagartig wieder da: die Bilder aus Auschwitz. Wir waren so verschworen wie erfolglos. Ein jährlicher Merkposten, nicht mehr.

Heute bestimmen wir darüber mit, wie über 5 Milliarden Euro an NS-ZwangsarbeiterInnen auszuzahlen sind. Das hätten wir noch 1997 nicht zu hoffen gewagt. Class action hieß ab 1998 das Zauberwort, mit dem aus Habenichtsen satisfaktionsfähige Gegner der deutschen Wirtschaft wurden. Nur mit Hilfe amerikanischer Gerichte konnten jene zehn Milliarden DM,

... Seite 2

Entschädigung warten, werden das nicht mehr erleben.

Das Projekt Zwangsarbeiterentschädigung ist mehr als ein Kampf um späte Gerechtigkeit. Die Zahlungen aus Deutschland werden von den Überlebenden dringend erwartet, z.B. um nötige Reparaturen an ihren Dächern auszuführen, lebenswichtige Medikamente zu kaufen oder den Enkeln ein kleines Extra zu gönnen. Diese individuellen Wünsche und Träume der Überlebenden stehen im Mittelpunkt der von dem Kölner Fotograf Manfred Linke realisierten und von uns unterstützten Ausstellung „Späte Gerechtigkeit...“. Erste Elemente der Ausstellung bilden den Mittelpunkt unseres AGORA-Standes.

Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Verfolgung zu organisieren gleicht gerade in Zeiten der ökonomischen Krise dem Bohren dicker Bretter. Dafür brauchen wir Ihre persönliche Unterstützung. Darauf weist das Überweisungsformular am Ende dieser Sonderausgabe von „überleben...“ hin. Schon jetzt bedanke ich mich sehr herzlich für Ihre Unterstützung.

LOTHAR EVERS

die jetzt je zur Hälfte aufgebracht von Staat und Wirtschaft die Stiftung bilden, erkämpft werden. So haben wir unseren in Deutschland aussichtslosen Kampf wenn schon nicht gewinnen, so doch respektabel beschließen können. Nur Hans Frankenthal hat sich nicht mehr mit uns freuen können. Kurz vor Weihnachten 1999 ist er gestorben.

Im Tausch gegen unsere Klagen gibt es nun die „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, wie – leicht pompös – der offizielle Titel lautet. Seitdem ist es vorbei mit der Gleichberechtigung. Bundesregierung und deutsche Wirtschaft gerieren sich wie echte Stifter. Längst haben sie vergessen, dass hier ein vor Gericht erstrittene Vergleichssumme zu ver-

teilen ist. Statt dessen frönen sie dem alten Stiftermotto: „Wer zahlt, bestimmt!“.

Und für uns heißt es erneut: wachsam sein! Denn da fliegen schon mal ganze Opfergruppen wie die italienischen Militärinternierten aus der Leistungsbeziehung. Die Zinsen der Wirtschaft fehlen bis heute. Beim Währungsumtausch gehen Millionen Euro verloren. Und ob bei der Geldanlagepolitik der Stiftung unter Regie der drei deutschen Großbanken alles mit rechten Dingen zugeht, darf getrost bezweifelt werden.

Stolz auf das Erreichte sind wir trotzdem. Aber manchmal spüren wir Hans Frankenthals alte Wut, seinen bebenden Zorn in uns. Und werden etwas schärfer im Tonfall. LOTHAR EVERS

Rot-Grün beschließt Renten für Ghetto-Häftlinge und spielt Verstecken:

Das steht im Gesetz, und da bleibt das auch?

Nach dem rot-grünen Wahlerfolg in der Bundestagswahl 1998 herrschte Aufbruchstimmung auch bei den Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung und deren Unterstützern. Der Kampf um die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beherrschte die Medien. Weniger spektakulär ging es auf einer anderen Gerechtigkeits-Baustelle der ersten rot-grünen Bundesregierung zu. Zum Schluss der Legislaturperiode im Sommer 2002 beschloss das Parlament einstimmig das „Gesetz zur Zahlbarmachung von Ghettorenten“ (ZRBG). Unter bestimmten Voraussetzungen kann nach diesem Gesetz Arbeit im Ghetto als Beitragszeit für die Rentenversicherung anerkannt werden. Damit wurde den oft unter schwierigen materiellen Bedingungen im Ausland lebenden früheren Ghetto-Häftlingen die Zahlung einer bescheidenen deutschen Altersrente eröffnet.

Die Urheberschaft für den Sinnpruch „*Das steht im Gesetz, und da bleibt das auch*“ wird Altbundeskanzler Konrad Adenauer nachgesagt. Betrachtet man, wie die Bundesregierung mit dem einstimmig verabschiedeten ZRBG

umgeht, spürt man Adenauers zeitlose Aktualität. Alle Berechtigten des neuen Gesetzes leben zwar im Ausland. Auf Öffentlichkeitsarbeit im allgemeinen, oder gar in den Heimatsprachen der Berechtigten hat man in Berlin aber getrost verzichtet. Die eine oder andere deutsche Botschaft der Bundesrepublik präsentiert (in deutsch natürlich) ein Merkblatt der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte auf ihrer Website. Wohl weil über 70-jährige Ghetto-Häftlinge täglich im Internet surfen, um die neuesten deutschen Leistungsgesetze nicht zu verpassen.

Frägt man bei den zuständigen Stellen nach, kommt man aus dem Staunen nicht mehr heraus. „Man wolle bei den Überlebenden nicht falsche Hoffnungen wecken“, lautet die fürsorgliche Antwort einer Botschaft in Osteuropa.

Einen Monat vor Antragsschluss am 30. Juni 2003 sind die Überlebenden, die bereits eine Entschädigung aus Deutschland erhalten haben, über die sie vertretenden Anwaltskanzleien gut über das neue Gesetz informiert. Diejenigen aber, die bisher leer ausgingen, haben kaum eine Chance, über ihre neuen Rechte auch nur informiert zu werden,

- Impressum
- Herausgeber:
- Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte
- Holweider Str. 13-15, 51065 Köln
- Tel. 0221-17 92 94-0,
- Fax 0221-17 92 94-29
- www.nsberatung.de
- info@nsberatung.de
- Redaktion: Lothar Evers, Andreas Plake,
- Dr. Jost Rebentisch, Matthias Reinert,
- Sonja Schlegel, Michael Teupen.
- Fotos: Manfred Linke
- Auflage: 4000 Stück im Mai 2003
- Verlag: GNN-Verlag mbH



Ausstellungsprojekt „Späte Gerechtigkeit...“: Gesichter & Wünsche

Hinter den Statistiken des Projektes „Zwangsarbeiterentschädigung“ stehen einzelne Menschen. Überlebende der NS-Zwangsarbeit – die meisten in den Ländern Mittel- und Osteuropa – warten dringend auf ihre Entschädigung. Bisher haben alle höchstens eine ‚Erste Rate‘ erhalten. Die ging oft für den Kauf lebensnotwendiger Medikamente drauf. Die meisten haben die Zahlungen aus Deutschland längst ausgegeben.

Höchste Zeit, sich die individuellen Pläne der Überlebende einmal genauer anzuschauen. Wofür brauchen sie die Entschädigung? Welche Wünsche aktivieren sie beim Warten darauf? Um diese konkreten Hoffnungen geht es in der Photoausstellung „Späte Gerechtigkeit...“ des Kölner Fotografen Manfred Linke, die unser Bundesverband unterstützt. Linke reist an die Heimatorte der

❖ Seite 4

Weza Zamach, geb. 1925, von 1943 bis 1945 zur Zwangsarbeit verschleppt. Portrait von Manfred Linke für „Späte Gerechtigkeit...“

geschweige denn bei deren Wahrnehmung unterstützt zu werden.

Zusammen mit Organisationen der Überlebenden und befreundeten Rechtsanwälten haben wir versucht in letzter Sekunde das Schlimmste zu verhindern.

Beispiel Tschechien: dort sind die Überlebenden des Ghettos Theresienstadt in der Theresienstädter Initiative gut organisiert. In der zuständigen Rentenbehörde in Landshut lagen ganze einhundert Anträge vor, als wir mit den Theresienstädtern eine gemeinsame Infokampagne vereinbarten. Mit wirklich überschaubaren Mitteln wird es uns binnen zwei Monaten gelingen,

die Zahl der Antragsteller mindestens zu verfünffachen. Eigentlich nach dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes die Aufgabe der für die Abwicklung des Gesetzes zuständigen Behörden.

Für zahlreiche andere Staaten werden unsere Kräfte nicht reichen. Daher sollte der Deutsche Bundestag dringend die Antragsfrist 30. Juni 2003 aufheben. Das zuständige Ministerium für Gesundheit und soziale Sicherheit wäre gut beraten, dieser Fristverlängerung zuzustimmen und umgehend die bisher versäumte Informationskampagne auf den Weg zu bringen. Unsere Erfahrungen steuern wir hierzu gerne bei.

LOTHAR EVERS

Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, Holweider Str. 13-15 · 51065 Köln

Zuwendungsbestätigung einer Spende bis 50,00 EUR zur Vorlage beim Finanzamt

Wir sind wegen Förderung der Fürsorge für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte nach dem Bescheid des Finanzamtes Köln-Ost vom 15.3.2001 (Az.: 218/5752/0366) als besonders förderungswürdig und gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannt. Es wird bestätigt, dass es sich nicht um Mitgliedsbeiträge, sonstige Mitgliedsumlagen oder Aufnahmegebühren handelt und die Zuwendung nur zur Förderung der Fürsorge für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte im Sinne der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung verwendet wird. Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00 Kontonr. 7073101



„...ich habe einen Kühlschrank gekauft, aber ich habe kein Geld für Zähne und eine Toilette. Die Toilette ist im Garten. Das ist sehr schlecht.“
Weza Zamach in „Späte Gerechtigkeit...“

❖ von Seite 3

Überlebenden, führt mit ihnen ausführliche Gespräche und portraitiert ihren Alltag.

In der Ausstellung, Premiere im Herbst 2003, werden 15 ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter stellvertretend für über 1,2 Millionen eine Reisegruppe durch Deutschland bilden. 15 Doppelporraits der Überlebenden werden ausgestellt.

Jeder Reisende antwortet auf die Frage „Wenn ich meine Entschädigung habe...“. Die Ausstellung wird ergänzt durch eine Toninstallation und – wenn die finanziellen Mittel reichen – auch durch eine stets aktualisierte Präsentation im Internet. Neben dem Bundesverband wird Linkes Projekt zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe von „überleben...“ von der IG-Metall, der VG-Wort und dem Projekt „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ unterstützt. Auf dem Stand des Bundesverbandes zum ersten ökumenischen Kirchentag in Berlin zeigen wir erstmalig Elemente aus „Späte Gerechtigkeit...“.

Sieben Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hat Manfred Linke bisher besucht. Für weitere acht Besuche, die Herstellungskosten der Ausstellung und deren Reise durch Deutschland suchen Bundesverband und Fotograf noch Paten und Unterstützer.

Nähere Informationen beim Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln: info@nsberatung.de oder direkt bei Manfred Linke einzuholen.

Zur Unterstützung des Projektes kann man auch den Überweisungsträger auf dieser Seite nutzen. Bitte als Verwendungszweck eintragen: „Späte Gerechtigkeit ...“.

LENNART KOLBERG

Beleg/Quittung für den Auftraggeber

Konto-Nr. des Auftraggebers

Empfänger
Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.
Holweider Str. 13-15 · 51065 Köln

70 73 101 Bank für Sozialwirtschaft AG Köln
EUR

Spende
Bis 50,- EUR gilt dieser Beleg als Spendenbescheinigung (s. Rückseite). Bei jedem Betrag über 50,- EUR schickt Ihnen der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. automatisch eine Spendenbescheinigung zu.

Auftraggeber/Einzahler

Quittung des Kreditinstituts

Überweisungsauftrag / Zahlschein

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts) (Bankleitzahl)

Empfänger (max. 27 Stellen)
Bundesverband Information und Beratung fuer NS-Verfolgte e.V.

Konto-Nr. des Empfängers 7073101 Bankleitzahl 370 205 00

BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE EUR Betrag

Name des Spenders: (max. 27 Stellen) ggf. Stichwort K t

PLZ und Straße des Spenders (max. 27 Stellen)

Kontoinhaber / Einzahler: Name, Ort (max. 27 Stellen)

Konto-Nr. des Kontoinhabers 19

Benutzen Sie bitte diesen Vordruck für die Überweisung des Betrages von Ihrem Konto oder zur Bareinzahlung. Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

SPENDE

Bitte geben Sie für die Spendenbescheinigung Ihre Spenden-/Mitgliedsnummer oder Ihren Namen und ihre Anschrift an.

Datum

Unterschrift